

**Eine Presseinformation der  
CDU-Fraktion im  
Landtag Rheinland-Pfalz**

V.i.s.d.P.:  
Leiter Pressestelle  
Olaf Quandt,  
Pressesprecherin  
Marion Buchheit

**CDU-Fraktion im Landtag  
Rheinland-Pfalz**

Kaiser-Friedrich-Straße 3  
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15  
Fax 0 61 31 - 208 43 15

[olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de](mailto:olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de)

**Informationen zu den  
aktuellen Plenarsitzungen  
am 14./15./16. September 2016**

## Initiativen der CDU-Landtagsfraktion

### 1. Große Anfrage & Positionspapier

#### „Krankenhausförderung in Rheinland-Pfalz“

(Drs. 17/456/781/875)

Überlastetes Personal, teilweise veraltete Technik und Patientenzimmer, die nicht auf dem Stand der Zeit sind – die **angespannte finanzielle Situation** der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz lässt dringend **notwendige Investitionen** oft nicht mehr zu.

Dabei sind die Kliniken entscheidend für **die medizinische Versorgung** der Menschen im Land. Mit mehr als 48 000 Beschäftigten alleine in Rheinland-Pfalz sind sie zudem einer der größten Arbeitgeber.

#### **Kritik kommt von vielen Seiten**

Fakt ist: die **Investitionsförderung der Kliniken ist Ländersache**. Damit ist die Landesregierung **verantwortlich** für die dramatische Lage vieler Häuser. Seit Jahren kritisieren wir die mangelnde Förderung. Kürzlich haben sowohl die Krankenhausgesellschaft als auch die Pflegekammer Rheinland-Pfalz die Landesregierung ebenfalls scharf kritisiert.

Die Vorsitzende der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland hat in einem Interview (vgl. Rhein-Zeitung, 5.9.2016) explizit auf den **enormen Investitionsstau** hingewiesen. So müssten viele Kliniken mit dem **Geld der Krankenkassen** - das eigentlich für die Patienten vorgesehen ist – Investitionen mitfinanzieren. Die Krankenkassen in Rheinland-Pfalz sprechen von einer **jährlichen Förderlücke von über 100 Millionen Euro** (Pressemeldung 5.7.2016).

Um die Thematik systematisch aufzuarbeiten und sich für **Verbesserungen einzusetzen**, hat die CDU-Landtagsfraktion die vorliegende Große Anfrage gestellt und nach Auswertung der Antworten ein **Positionspapier** erarbeitet.

#### **Regierung hat Situation selbst verschärft**

Eigentlich hätte die Landesregierung die Investitionsförderung längst **anheben** müssen – stattdessen sind die **tatsächlichen Ausgaben** über viele Jahre sogar **gesunken** – das ergibt sich aus der Antwort auf unsere Große Anfrage.

So lagen die Fördermittel im **Jahr 2001** noch bei rd. **144 Millionen Euro**, im **Jahr 2015** dagegen nur noch bei rd. **120 Millionen** – also über **20 Millionen weniger**, trotz Inflation und anderer Kostensteigerungen, die die ohnehin reduzierten Mittel zusätzlich entwerten.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung im Koalitionsvertrag der Ampel völlig unzureichend, die bisherige jährliche Finanzierung, „bis zum Jahr 2020 um dann **mindestens 15 Millionen Euro**“ aufzustocken. Auch auf unsere Nachfrage hin hat die Landesregierung diese vage und zeitlich offene Formulierung nicht konkretisiert.

### **Regierung verweigert sich dem Thema**

In der Antwort auf die Große Anfrage ist die Landesregierung nicht bereit, einen **Investitionsstau zu bestätigen oder zu beziffern** – sie hält den Begriff sogar für „irreführend“ (vgl. Seite 4, Punkt e. der Antwort).

Sie nennt auch andere **relevante Zahlen** nicht – beispielsweise die Eigeninvestitionen der Krankenhausträger im Verhältnis zur Landesförderung.

Zudem ist die Landesregierung der Meinung, sie richte ihre Förderung am **tatsächlichen** Bedarf aus – diese Einschätzung wird durch die alltägliche Realität in den Kliniken klar widerlegt.

Eine **Perspektive für die Zukunft** der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz ist aus der Stellungnahme der Regierung **nicht zu erkennen**.

### **Eine Strategie ist nötig**

Eine verbesserte Situation der Kliniken ist im Sinne aller Menschen in Rheinland-Pfalz. Deshalb brauchen wir eine Strategie, wie die Krankenhäuser besser unterstützt werden können:

1. Basis ist eine **ehrliche Bestandsaufnahme**. Der Investitionsstau muss einvernehmlich mit Krankenhäusern und Kassen beziffert werden. Die bisherigen vagen Lippenbekenntnisse der Ampel zur Verbesserung der Situation müssen in einen **konkreten und verbindlichen Maßnahmenkatalog** münden.
2. Die **Ankündigung** der Aufstockung der jährlichen Finanzierung muss **so konkretisiert werden**, dass die Krankenhäuser klar wissen, wann sie mit welchen Mitteln zu rechnen haben. Hier darf es **kein Spielen auf Zeit** geben.
3. Es muss über neue Lösungen zur besseren Finanzierung der Kliniken nachgedacht werden. Ein erster Schritt wäre, zu prüfen, ob es eine **gemeinsame Finanzierung der Investitionskosten** von Land und Krankenkassen geben kann. Seitens der Krankenkassen gibt es hier grundsätzlich Offenheit:

Die AOK-Chefin hatte sich im o.g. Interview wie folgt geäußert: „Entscheidend ist, dass derjenige, der zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, - ob Bund oder Kassen – mehr Einfluss auf die Krankenhausplanung bekommen muss.“

Die AZ berichtet von einer PK der Kassen am 7.7.16: „Gegen Mitsprachrecht wollen sie sich finanziell daran beteiligen, den (Investitions-)stau aufzuheben.“

4. Bisher ist die Vergabe der Fördermittel mit viel Bürokratie verbunden. Ein **Abbau dieser Bürokratie** ist deshalb ein zentrales Element für eine Weiterentwicklung der Investitionspolitik. Andere Bundesländer sind da schon weiter:

In Hessen wurde die **Förderung auf ein Pauschalsystem umgestellt** – dies ermöglicht den Krankenhäusern einen viel größeren Spielraum für die Durchführung von Investitionen. Die **Vorteile einer solchen Pauschalförderung** gegenüber der bisherigen Einzelförderung sollten deshalb auch für Rheinland-Pfalz **geprüft werden**.

## **2. Antrag: Einführung einer Profilquote für Spitzensportler**

### **Olympische Spiele haben uns begeistert**

Die **Bilder der olympischen Spiele** in Rio de Janeiro sind uns allen **noch präsent**, sie haben uns **begeistert**: Bilder von erwarteten und unerwarteten Medaillengewinnen und Platzierungen aber auch von Enttäuschungen und Niederlagen. Nach sich gezogen haben die Spiele von Rio **bundesweit eine Diskussion über die künftige Förderung des Spitzensports in Deutschland**. Insbesondere als Folge des schlechten Abschneidens in Disziplinen, die früher als Medaillengaranten galten, wie etwa Fechten und Schwimmen. Das greift die CDU-Landtagsfraktion auf.

### **Spitzensport braucht Spitzenförderung**

Klar ist: **Spitzensport braucht Spitzenförderung**. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für den **Breitensport und den Spitzensport**.

Nur wenige Spitzensportler können ihren Lebensunterhalt dauerhaft aus den finanziellen Erlösen einer **Sportlerkarriere** bestreiten. Neben einer Karriere im Spitzensport ist deshalb für junge Sportler eine **berufliche Ausbildung von besonderer Bedeutung**. Sie ist entscheidend für die Zeit danach.

**Sportliche Höchstleistungen und parallel Spitzenergebnisse in der schulischen Ausbildung sind aber oft nur schwer zu erreichen**. Das stellt gerade dann ein Problem dar, wenn später ein Studium in einem Fach mit Zulassungsbeschränkung etwa in Form eines „**numerus clausus**“ angestrebt wird.

### **Spitzensportler Zugang zu Studium erleichtern**

Wir schlagen deshalb vor, Spitzensportlern über **gesetzlich festzulegende Quoten**, den **Zugang zu einem Hochschulstudium zu erleichtern**. Damit können mögliche Nachteile von Sportlern gemildert werden. Zugleich wäre das eine Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungsbereitschaft.

Konkret geht es um **Bewerberinnen und Bewerbern, die einem im öffentlichen Interesse förderungswürdigen Personenkreis angehören**. Gemeint sind insbesondere Spitzensportlern, die einem A-, B-, oder C- Kader eines Bundesfachverbandes des Deutschen Olympischen Sportbundes angehören.

### **3. Antrag: Mehr Pflanzenschutz – neue Strategie zur Abwehr der Kirschessigfliege**

Die **Kirschessigfliege** hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahren rasend schnell verbreitet – binnen kürzester Zeit sorgt das Insekt für **hohe Ernteauffälle**. In Rheinland-Pfalz sind vor allem **Wein- und Obstanbau** betroffen. Die Befallssituation war vor allem 2014 dramatisch und hat damals zu Ernteauffällen geführt. Auch in diesem Jahr gehen die Fachleute von einem starken Befall aus – neue Ernteeinbußen drohen.

Bisher gibt es **wenige Pflanzenschutzmittel**, die den Obst- und Weinbau vor dem aus Ostasien stammenden Insekt effektiv schützen. Es ist deshalb notwendig, neue Strategien zur Abwehr der Kirschessigfliege zu entwickeln.

Interessante Ansätze gibt es im Ausland. **Die Provinz Südtirol** führt zurzeit erfolgreich ein **systematisches Monitoring an Weintrauben** durch. Täglich werden die Trauben kontrolliert, ob es bereits eine Eiablage gibt. Denn dieser **Zeitpunkt ist entscheidend** für eine Behandlung.

Dies kann für Rheinland-Pfalz ein wichtiger Schritt zur erfolgreichen und schonenden Abwehr sein. Hier gibt es zwar in einigen Gebieten bereits ein Monitoring, allerdings nicht auf einer systematischen Basis.

Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung deshalb auf,

1. Ein Kompetenzzentrum an einem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) im südlichen Rheinland-Pfalz **zur Abwehr der Kirschessigfliege** aufzubauen. Die Federführung sollte beim DLR unter Einbindung des Julius Kühn-Instituts Siebeldingen liegen.

2. einen **Hot Spot** in den in der Vergangenheit am **meisten befallenen Gebieten** im Obst- und Weinbau einzurichten. Hier muss die **Befallssituation erhoben** werden und Ursachenforschung betrieben werden. Das Ziel der wissenschaftlichen Aufarbeitung der regionalen Befallsituationen muss die Entwicklung eines spezifischen Abwehrsystems sein.
3. **weitere Maßnahmen** zu prüfen. So beispielsweise Säumstrukturen wie Biotope, spezifische Pflege, gegebenenfalls Entfernung von Wirtspflanzen und Einsatz von Insektennetzen. Darüber hinaus kann eine Prüfung von Lockmethoden, analog des Traubenwickler-Pheromonprogramms sinnvoll sein.

#### **4. Antrag: Brückenzustand vielerorts untragbar – Brückenbauwerken strategische Bedeutung beimessen**

Wir alle haben es noch in Erinnerung - das wochenlange Chaos im Rhein-Main Gebiet, als im Februar 2015 die **Schiersteiner Brücke voll gesperrt** werden musste. Pendler und LKW-Fahrer standen Tag für Tag aufs Neue im Stau und mussten riesige Umwege in Kauf nehmen. Durch den Ausfall der Brücke entstand in der Region ein gesamtwirtschaftlicher **Schaden von mindestens 1,4 Millionen Euro pro Tag**.

Nur ein Beispiel, welche Bedeutung Brücken für unsere Infrastruktur und den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz haben. Die Landesregierung verwaltet rund 10 Prozent der bundesdeutschen Brückenflächen - eine große Verantwortung, der sie nicht gerecht wird.

##### **Regierung lässt Brücken verfallen**

Die Landesregierung hat die Verkehrsinfrastruktur **jahrelang systematisch unterfinanziert** – mit der Konsequenz, dass unsere Brücken schneller verfallen, als sie instand gesetzt werden können.

Der **Bund hat den Sanierungsbedarf** erkannt und ein Sonderprogramm zur Brückenmodernisierung aufgelegt, mit einem Volumen von ca. 2 Milliarden Euro. Damit verbunden ist die klare **Aufforderung an die Länder**, notwendige Sanierung **schnellstmöglich zu planen und Baurecht zu schaffen**. Davon ist bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung leider nichts zu erkennen – im Gegenteil haben gerade die Grünen viele Maßnahmen nach Kräften blockiert.

Dringend nötig sind **zusätzliche Rheinquerungen**. Die **Mittelrheinbrücke** wird seit vielen Jahren von uns, aber auch den Menschen und Unternehmen vor Ort gefordert, eine **zweite Rheinbrücke bei Wörth** wird gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Sanierung der bestehenden Brücke immer dringlicher. Auch eine zusätzliche **Brücke zwischen Bingen und Rüdesheim**

hätte positive Auswirkungen für Tourismus und die Erreichbarkeit und Arbeits- und Ausbildungsplätzen der Menschen. Darüber scheint es allerdings **unterschiedliche Auffassungen** zwischen den Koalitionspartnern von FDP und Grünen zu geben.

Die neue Ampel-Regierung muss jetzt zeigen, wie wichtig ihr eine **leistungsfähige und zukunftsgerichtete Infrastruktur** ist.

Wir fordern sie deshalb in unserem Antrag auf,

1. ein **systematisches Erhaltungsmanagement** und ein nachhaltiges **Sanierungskonzept** für die Brücken im Land vorzulegen,
2. gemäß der **Aufforderung des Bundes** notwendige Sanierung schnellstmöglich zu planen, zu genehmigen und beim Bund anzumelden,
3. sich für einen **parteiübergreifenden Konsens** für den Bau einer neuen Rheinbrücke im Raum Bingen-Rüdesheim einzusetzen und hierzu in einem ersten Schritt das aktuelle Bürgerbegehren für eine **neue Machbarkeitsstudie** aktiv zu begleiten,
4. darüber hinaus auch die Planungen für den **Bau der Mittelrheinbrücke** sowie der **zweiten Rheinbrücke** bei Wörth entschlossen voranzutreiben,
5. und den **sechsspurigen Ausbau der A 643** (Schiersteiner Brücke) weiter voranzutreiben.

## **Aktuelle Debatte**

Für **Mittwoch, 14. September 2016**, hat die Fraktion eine **aktuelle Debatte** zu folgendem Thema beantragt:

„Wohnsitzauflage für Asylbewerber zu einer besseren Integration - Blockadehaltung der rot-grün-gelben Landesregierung auflösen“

Hintergrund ist, dass alle anderen Bundesländer eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge bereits eingeführt haben oder die Einführung planen. Dabei geht es darum, Wanderungsbewegungen in die Städte und Ballungsräume zu verhindern. Flüchtlinge müssen gleichmäßig verteilt werden, um eine Überforderung der Städte zu vermeiden und um Integration zu ermöglichen.

## **Mündliche Anfragen**

Hier die ersten beiden von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten mündlichen Anfragen im Wortlaut:

### **1. Beeinflussung des Verkaufsprozesses des Flughafens Hahn durch die Vertragsverlängerung mit Ryanair**

Vergangene Woche ist bekannt geworden, dass der Vertrag mit Ryanair und den Flughafen Hahn um weitere fünf Jahre verlängert werden soll. Darüber sollen die Bieter inzwischen im Verkaufsverfahren des Flughafens Hahn zum neuen Bodenabfertigungsvertrag mit der Fluggesellschaft Ryanair informiert worden sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Inwieweit ist die Landesregierung der Auffassung, dass durch die Vertragsverlängerung mit Ryanair die Attraktivität des Flughafens Frankfurt-Hahn für einen etwaigen neuen Käufer gesteigert wird?
2. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung die Vertragsverlängerung noch während des laufenden Verkaufsverfahrens durchgeführt?
3. Zu welchem Zeitpunkt waren die Gespräche mit Ryanair so weit fortgeschritten, dass für beide Vertragspartner einer Vertragsverlängerung nichts mehr im Wege stand (bitte genaues Datum)?
4. Welche Auswirkung hat dieser neue Vertrag auf die für den Flughafen Hahn notwendig werdende „positive Fortführungsprognose“?



## 2. Insolvenz von tifko

Bereits im Juli wurde das Aus für das Innovationscluster Metall-Keramik-Kunststoff verkündet. Nun hat die Landesregierung das Aus für das Technologieinstitut tifko, eine Säule des Clusters, in Neuwied entschieden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Oberbürgermeister Nikolaus Roth und Landrat Rainer Kaul haben als Anteilseigner noch im März betont „Insolvenz ist bei uns kein Thema“ und entsprechende Nachfragen der CDU als „CDU-Wahlkampfspektakel“ abgetan. Wie waren die Beteiligten von der Entscheidung informiert und in diese eingebunden?
2. Welche öffentlichen Fördermittel sind insgesamt von Januar 2016 bis heute an tifko geflossen?
3. In der Ausschuss-Sitzung vom 1.9.2016 haben Sie erläutert, das Konzept von tifko habe sich als nicht tragfähig erwiesen. Halten Sie auf dieser Basis die in diesem Jahr gewährte Unterstützung für gerechtfertigt?
4. Wie beurteilen Sie die Kritik von Unternehmern wie dem Geschäftsführer der AKMA an der aus seiner Sicht „völlig verfrühten“ Einstellung der Unterstützung und der „unrealistischen Erwartungshaltung“?